



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

278 (20.6.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-211472](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-211472)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Belegpreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und doch die Post ohne Bestellgeld monatlich Mark 1000.— halbjährlich Mark 5000.—, Nachforderung vorbehalten. Postfach Nr. 17999 Karlsruhe. — Hauptvertriebsstelle Mannheim, E. & L. — Geschäftsstellen: Karlsruhe, Waldhofstraße Nr. 8. Fernsprecher Nummer 7943, 7940, 7945, 7942. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zweifach.

Anzeigenpreise: Bei Vornachzahlung 50 Prozent in Höhe von 1000.—, Rest am 1. Juli. — Preise andere laut Tarif. Anzeigensatz: Mittwochs abends 7 Uhr, Abends 11 Uhr, nachmittags 7 Uhr, für Anzeigen an bestimmten Tagen, 1000.—, 2000.—, 3000.—, 4000.—, 5000.—, 6000.—, 7000.—, 8000.—, 9000.—, 10000.—, 11000.—, 12000.—, 13000.—, 14000.—, 15000.—, 16000.—, 17000.—, 18000.—, 19000.—, 20000.—, 21000.—, 22000.—, 23000.—, 24000.—, 25000.—, 26000.—, 27000.—, 28000.—, 29000.—, 30000.—, 31000.—, 32000.—, 33000.—, 34000.—, 35000.—, 36000.—, 37000.—, 38000.—, 39000.—, 40000.—, 41000.—, 42000.—, 43000.—, 44000.—, 45000.—, 46000.—, 47000.—, 48000.—, 49000.—, 50000.—, 51000.—, 52000.—, 53000.—, 54000.—, 55000.—, 56000.—, 57000.—, 58000.—, 59000.—, 60000.—, 61000.—, 62000.—, 63000.—, 64000.—, 65000.—, 66000.—, 67000.—, 68000.—, 69000.—, 70000.—, 71000.—, 72000.—, 73000.—, 74000.—, 75000.—, 76000.—, 77000.—, 78000.—, 79000.—, 80000.—, 81000.—, 82000.—, 83000.—, 84000.—, 85000.—, 86000.—, 87000.—, 88000.—, 89000.—, 90000.—, 91000.—, 92000.—, 93000.—, 94000.—, 95000.—, 96000.—, 97000.—, 98000.—, 99000.—, 100000.—

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Neue Marktstützungsaktion?

□ Berlin, 20. Juni. (Von uns. Berliner Büro.) An den vorgestern und gestern beim Reichsanwalt abgehaltenen Besprechungen haben verschiedene der namhaftesten Bankiers und Bankdirektoren, u. a. Wendelschön, Meißner, Ullrich, u. a. teilgenommen. Wie sich aus amtlichen Mitteilungen bereits ergab, herrschte dabei einmütig die Ansicht vor, daß die letzte Dollarhaushalte keine wirtschaftliche oder politische Berechtigung habe und weit über das Maß hinausgeht, das selbst durch eine pessimistische Beurteilung der allgemeinen Lage gerechtfertigt wäre. Es sind deshalb, wie bereits mitgeteilt, erfolgversprechende Maßnahmen über eine erneute Stützung der Mark erwogen worden, über die die Beratung heute zunächst im gleichen Kreise fortgesetzt wird. Im Anschluß an die Besprechungen mit den Banken finden heute und morgen Besprechungen des Reichsanwalts über den gleichen Fragenkomplex mit den Parteiführern statt.

Durch die Salutabesprechungen beim Kanzler hat sich des Weisheitsrats eine starke Hervorhebung bemächtigt, die nicht ohne Einfluß auf den Markkurs geblieben ist. Dollarnotierungen waren heute vormittag außerordentlich unsicher. In Berliner Finanzkreisen wird die gestrige erhebliche Besserung der Mark in New York auf die Erklärung Washingtons an die englische Regierung zurückgeführt. Diese Erklärung ist in der deutschen Presse merkwürdiger Weise wenig beachtet worden. Sie sei daher an dieser Stelle nochmals wiederholt: Aus London wird gemeldet, die amerikanische Regierung habe dort wissen lassen, daß sie nach wie vor an einem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes festhalte, die deutsche Leistungsfähigkeit durch Sachverständige bestimmen zu lassen. Amerika sei bereit, das Prinzip der Billigkeit auch auf die französischen Schulden an Amerika anzuwenden, wenn Frankreich die von Deutschland geschuldete Summe gleichfalls auf das von Billigkeit diktirte Maß herabsetze.

Am der Londoner City führt man den Marksturz lediglich auf psychologische Momente zurück. Man weist darauf hin, daß der Marksturz höchstens demoralisierenden Einfluß haben könne. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands werde durch den Marksturz wenig beeinflusst.

Die Untersuchung des Marksturzes

Zur Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß für die Marktstützungsaktion war am Mittwoch der Leiter des Zentralverbandes der deutschen Banken und Bankiergenossenschaften Dr. Bernstein und der Direktor der Devisenbeschaffungsstelle Dr. Gleimius geladen. Sie sollten ausweisen über das am Dienstag im „Vorwärts“ kritisierte Rundschreiben des genannten Zentralverbandes an seine Mitglieder. Dr. Bernstein und Direktor Gleimius betonte, das Schreiben des Zentralverbandes habe zweifellos zu einer Verzögerung in der Beantwortung der Anfrage geführt, weil die Bankiers den Ausgang der Verhandlungen abwarten wollten auf die vom Zentralverband hingewiesenen Vorschläge. Er selbst habe erst gestern im Ausschuß dieses Rundschreiben kennen gelernt. Der Zentralverband hätte die Verpflichtung gehabt, die Devisenbeschaffungsstelle von seinem Schritt zu unterrichten. Dr. Bernstein erklärte, die Ansicht der Verzögerung habe dem Zentralverband ganz fern gelegen, er habe die amtlichen Stellen, auch das Reichsbankdirektorium, sofort von den Bedenken der Banken unterrichtet und habe natürlich angenommen, daß das Reichsbankdirektorium an die Devisenbeschaffungsstelle das Schreiben des Zentralverbandes weitergeben würde. Dr. Gleimius stellt fest, daß das leider nicht geschehen sei. Der Vorwurf der absichtlichen Verzögerung der Antworten der Banken durch den Zentralverband wurde dann überhaupt nicht mehr aufrechterhalten.

Hierauf wurde der Hamburger Großbankier Dr. Reichler über die Frage vernommen, ob in Hamburger Großhandelskreisen die Marktstützungsaktion ungünstig beurteilt worden sei. Er führte aus: Diejenigen Großhandelskreise, die unter einem starken Rückgang der Saluta zu leiden hatten, standen natürlich der Sache kritisch gegenüber. Ich hatte aber nie die Empfindung, daß in Hamburg sich eine besondere Gegenströmung gegen die Marktstützungsaktion gezeigt hat. Ich habe die Aktion der Regierung und Reichsbank nicht als eine finanztechnische, sondern als eine politische aufgefaßt und als solche habe ich sie ansehnlicher der Ruhrbesetzung für richtig gehalten. Die technische Durchführung ist nach meiner Meinung sehr geschickt gewesen. Man könnte natürlich fragen, ob die Festhaltung der Devisenrate länger möglich gewesen wäre, wenn man den Kursstand statt auf 20 000 nur auf 30 000 oder gar 35 000 gesetzt hätte und wenn man den Kursstabilitätserhalt gestiftet hätte. Aber das sind Ansichtssachen. Von den beteiligten Stellen hat sich wohl keiner darüber geäußert, daß diese Mittel nur solange wirken könnten, wie die zur Verfügung stehenden Fonds ausreichen, um den Faktoren entgegen zu wirken, die auf die deutsche Saluta drücken: Die politische Lage und der Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr. Auf die Frage des Abgeordneten D. u. B. führte der Sachverständige weiter aus: Devisenverhältnisse außerhalb der Börse sind unter den heutigen Verhältnissen etwas durchaus normales. Eine Marktstabilisierung selbst eine Währungsstabilisierung halte ich in der gegenwärtigen politischen Lage nicht für möglich. Der internationale Stand jeder Währung ist einmal abhängig von dem subjektiven Faktor der Beurteilung des Landes, von dem Vertrauen zu seiner politischen Entwicklung. Dieser Faktor spricht natürlich sehr gegen uns. Weitere Faktoren sind die Frage der Inflation und der Zahlungsbilanz, die bei uns ja im wesentlichen mit der Handelsbilanz übereinstimmt. Gegen diese großen Faktoren kann man mit technischen Mitteln nicht ankommen, man kann nur vorübergehend Hilfe schaffen, indem man durch Stützungsaktionen Angebot und Nachfrage vermindert.

Das französische Defizit

Die Schuld Deutschlands!

Im Senat hielt Finanzminister Delaisse eine Rede, in der er erklärte, die Regierung habe bisher ein Defizitbudget vorgelegt, um darauf hinzuweisen, daß dieses Defizit ausschließlich dem Verlangen Deutschlands in den Entschädigungsleistungen zuzuschreiben sei. Die Budgetkommission des Senats habe es nun fern gebracht, einen Einnahmeverbinder herauszubringen. Die französischen Finanzministerialleiter sollen nach Delaisse natürlich nur dadurch entstehen, daß Frankreich Waren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgeben müsse, während Deutschland keine Mittel für die Ausstattung seiner Industrie benötige. — Wenn die Franzosen die deutschen Zahlungen für die zerstörten Gebiete anstatt für den Ausbau des Herres verwendet hätten und wenn sie entsprechend den deutschen Anträgen wirklich an den Wiederaufbau der Gebiete gegangen wären, wären die zerstörten Gebiete längst wieder hergestellt.

Frankreich und die belgische Ministerkrise

Die Verzögerung der Beendigung der belgischen Ministerkrise wird in Paris mit großen Unbehagen vermerkt. Man befürchtet in französischen Regierungskreisen, daß die Bildung des neuen Kabinetts nicht gelingen werde und befürchtet dadurch Veränderungen in der belgischen Außenpolitik.

Havas meldet aus Brüssel, der Coir teile mit, daß wegen der Ministerkrise König Albert in Paris mitgeteilt habe, daß er kommenden Montag der Gedächtnisfeier der Schlacht von Verdun, an der auch Präsident Millerand teilnehmen werde, nicht beizuwohnen könne.

Das Regiment der Verordnungen

Der kommandierende General Degoutte in Essen hat eine Reihe weiterer Verfügungen erlassen. Die Verfügung Nummer 44 ordnet an, daß sämtliche Kraftfahrzeugsbesitzer sich bei den Befehlshabern der Kreisbehörden ausweisen lassen müssen. Bei Zumberhandlungen sollen schwere Strafen verhängt und außerdem die Gefährte beschlagnahmt werden. Durch die Verfügung Nummer 46 wird der Verkehr von Lastkraftwagen zwischen dem Einbruchgebiet und dem Gerichtsbezirk der Rheinlandschmission untersagt. Die Verfügung Nummer 47 betrifft die Spezialisierung von Koh-, Halb- und Fertigerzeugnissen, die von den Hüttenwerken derjenigen Gesellschaften oder Konzerne hergestellt sind, die die Kohlensteuer an die Franzosen nicht bezahlt haben. Auch diese Verfügung sieht für Zumberhandlungen hohe Geld- und Gefängnisstrafen vor.

Eine Sprengung der Kaiserbrücke in Mainz vereitelt

In Mainz konnte ein weiterer Sabotageakt vor seiner Ausführung vereitelt werden. Die Kaiserbrücke sollte durch Sprengung des mittleren Brückenbogens zerstört und dadurch der französische Zugverkehr lahmgelegt werden. Zwei Leute aus Mainz sind unter dem Verdacht, vom dem Attentat genützt zu haben, verhaftet worden. Die kurz vor dem Krieg erbaute Kaiserbrücke, die in der Nähe von Wombach den Rhein in drei großen Bogen überbrückt, stellt die Verbindung zwischen den beiden Hauptbahnhöfen von Wiesbaden und Mainz dar. Eine Sprengung hätte nicht nur den Bahnverkehr zwischen beiden Bahnhöfen unmöglich gemacht, sondern auch schweren Schaden verursacht, da eine Wiederherstellung der Brücke ungeheure Kosten notwendig gemacht hätte.

Die deutsche Auslandspropaganda

„Ein Attentat gegen den menschlichen Geist“

In der Generaldebatte über das Budget des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im Senat ergriff Senator de Jouvenel, Abgeordneter des „Main“, das Wort, um die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der deutschen Propaganda zu lenken. Deutschland sei im Begriff, durch seine Propaganda ein wahrhaftes „Attentat gegen den menschlichen Geist“ zu unternehmen. Es beabsichtige diese Propaganda als die einzige Waffe, die ihm ausgenutzt werden könne, um keine Resonanz vorzubereiten. Die deutsche Propaganda habe das Ziel, die Völker zu hypnotisieren. Nach Professor Menge suche es gewisse Gedanken, wie den des französischen Militarismus, in Mode zu bringen. Deutschland verleihe dem Gegner. Es gebe dort tatsächlich einen offiziellen Unterricht in der Täuschung. Schulen für Reisende des Germanismus seien geschaffen worden, damit im Ausland der deutsche Gedanke und die deutschen Tugenden untergebracht werden könnten. Jeder Teil Deutschlands sei für einen anderen Teil der Welt in bezug auf die Propaganda orientiert worden. Ueber allen stehe das Außenministerium, ein würdiges Ministerium der Propaganda. Die deutsche Propaganda mache die gesamte Außenpolitik Deutschlands aus, und das sei eine richtige Auffassung. In der modernen Welt müsse die Diplomatie auf die gesamte öffentliche Meinung einwirken. Im Juli 1922 hätten sich 95 Prozent der deutschen Propagandagehelfer zu einem einzigen Kartell vereinigt. Das sei eine ungeheure Kraft für das nationale Werk Deutschlands im Ausland. In Frankreich bestiehe an Propagandisten. (1) Alle Deutschland benachbarten Länder bestiehe deutsche Widerheiten, die von Berlin aus organisiert würden und einen mächtigen Druck auf die Regierungen ausüben. Welches sei der Plan der deutschen Propaganda? Ein Schweizer leide das Zentralkomitee der deutschen Propagandagehelfer. Dieses Komitee gebe sich förmlichherweise den Anschein der Unparteilichkeit. Im Augenblick veruche die deutsche Propaganda, auf die Breite der alliierten Länder einzuwirken. Wegen Erhöhung des Wechselkurses habe die französische Agentur Havas ihren Dienst in Amerika eingeschränkt oder vollkommen aufheben müssen, währenddessen Deutschland überall neue Informationsdienste schaffe. Eine unter dem englischen Namen folgende deutsche Nachrichtenagentur United Telegraph beginne sich ein Monopol des Nachrichtenwesens in den meisten Ländern Europas zu sichern. Senator de Jouvenel verlangt eine neue Organisation des französischen Propaganda-dienstes und hierfür beträchtliche Kredite. Um gegen die deutsche Propaganda ankämpfen zu können, müsse man die französische Propaganda entwickeln. Auf eine Zwischenbemerkung erklärt Poincaré: Der französische Nachrichtendienst verfügt über ungezügelnende Kredite.

Ein amerikanisches Urteil

aber lautet ganzlich anders! Es rühret von dem sozialdemokratischen Mitglied des Kongresses der Vereinigten Staaten her, das zur Zeit in Deutschland sich aufhält, Viktor Berger. Er wies in einer Pressebesprechung in Stuttgart darauf hin, daß die Kenntnis des wirklichen Deutschlands in Amerika außerhalb der deutsch-amerikanischen Kreise im allgemeinen gleich null sei. Was an Nachrichten über Deutschland nach dem englischsprechenden Amerika komme, gehe durch englische und französische Kanäle. Sogar die Reden des Reichsanwalts, die doch vielfach für das Ausland bestimmt sind, kämen in französischer Aufmachung und Bearbeitung in die amerikanischen Presse. Kein deutsches Nachrichtenbüro sorgt für geeignete Propaganda. Die erste Forderung müsse daher eine einmondfreie und wahre Berichterstattung über Deutschland, sowie eine Propaganda sein, die sich von den Fehlern freimache, die sie bisher ausgehleten.

Dieses Urteil Viktor Beregers ist nach unserer Ueberzeugung völlig berechtigt und es ist und bleibt ein nicht wieder auf zu machendes Verhängnis, daß auch in den schweren Tagen, die wir durchmachen, die deutsche Auslandspropaganda ebenso verlagert, wie schon im Kriege.

Der passive Widerstand

Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht, wie der „B. Z.“ aus London gemeldet wird, eine Unterredung ihres diplomatischen Berichterstatters mit einem 3. Jt. in London weilenden, sehr gut unterrichteten englischen Diplomaten über die Möglichkeit einer Lösung des Ruhrkonflikts. Nachdem der Diplomat erklärt hatte, daß keine deutsche Regierung imstande sein werde, ohne weiteres das Ende des passiven Widerstandes anzunehmen, entwickelte er folgende Bedingungen einer Lösung des Ruhrkonflikts:

1. Frankreich muß seine Truppen unsichtbar machen und bald ganz zurückziehen.
 2. Eingriffe in die deutsche Industrie und in den Bereich der Eisenbahn müssen aufhören.
 3. Es muß eine völlige Amnestie für alle Gefangenen gewährt werden und den ausgewiesenen muß gestattet werden, ins Ruhrgebiet zurückkehren zu können.
- Der deutsche Diplomat setzte auseinander, daß für eine kurze Uebergangsperiode es denkbar sei, daß einer internationalen Kontrollkommission, die nur von wenigen Truppen begleitet sei, im Ruhrgebiet die Ueberwachung der Sachleistungen übertragen werden könne. Für eine Uebergangsmassnahme müsse aber ausdrücklich eine Zeitgrenze festgesetzt werden.

Badischer Landtag

§ Karlsruhe, 20. Juni. (Fig. Ber.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung stellte der Abgeordnete Hannemann (D. N.) eine kurze Anfrage über die Wiederverwendung des Offenburger Bürgermeisters Bührer, früher Landgerichtsrat im badischen Justizdienst. Justizminister Trunt beantwortete die Anfrage. Er führte aus, daß Bürgermeister Bührer, der von den Franzosen ausgewiesen worden ist, erklärt habe, bei seiner Wiedereinstellung in den badischen Justizdienst müsse er in Gruppe 13 eingereiht werden, weil er als Offenburger Bürgermeister nach dieser Gruppe bezahlt werden sei. Falls dies nicht möglich ist, müsse der Unterschiedsbetrag zwischen der tatsächlichen Bezahlung und Gruppe 13 vom Reich ausgleichend werden. Das Justizministerium werde den Fall entsprechend den Bestimmungen behandeln.

Darauf wurde anstelle des Antrags des Landbundes betreffend die Abänderung des Jagdgesetzes folgender Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen: Der Landtag erlaube die Regierungen zu prüfen, ob nach den in den letzten Jahren bei Jagdverordnungen gemachten Erfahrungen eine Änderung des § 3 des Jagdgesetzes notwendig erscheint. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Landtag mitzuteilen.

Abgelehnt wurde ein Antrag der Abg. Frau Unger (Ram.) wonach die Jagd nach Hasen und Gemeindegadgen aufgehoben und die Jagd durch Forstjagden ausgeführt werden soll. Das Fleisch des erlegten Wildes sei den Krankenhäusern zuzuwenden.

Es folgte die Beratung eines Zentrumsantrages über die Einschränkung des privaten Autoverkehrs an Sonn- und Feiertagen und über die Herabsetzung der Fahrgeldmindernde aller Autos durch geschlossene Ortschaften und durch die Städte, damit die Besetzung von Gebäuden und Wänden möglichst herbeigeführt werde. Von sämtlichen Rednern, und zwar vom Abg. Ullrich (St.), Pöschel (D. N.) und Herrle (Landbund) wurde der Antrag lebhaft unterstützt. Vom Abg. Walter-Heidelberg (Soz.) wurde ein völliges Verbot der Autofahrten an Sonn- und Feiertagen gefordert. Der Minister des Innern Kemmle bemerkte zu dem Antrag, bisher hätten die gesetzlichen Voraussetzungen für ein stärkeres Einschneiden des Autoverkehrs an Sonn- und Feiertagen gefehlt. Das Ministerium habe aber dann beim Reich erwidert, daß es möglich ist, den Autoverkehr auf benannten Strecken zu verbieten, die einen stärkeren Fußgängerverkehr haben. Gegenüber dem bisherigen Rechtszustand ist das ein wesentlicher Fortschritt. Die Bezirksämter haben darauf hin auch schon verschiedene Strecken mit starkem Fußgängerverkehr für den Autoverkehr gesperrt. Wir dürfen aber nicht so weit gehen, wie es der Abg. Ullrich wünscht, wir müssen daran denken, daß ein Teil der Fremdenindustrie hauptsächlich auf dem Lande und im Schwarzwalde im Autoverkehr lebt. Daß die übertriebene Autorisierung bestmöglichst werden muß, ist selbstverständlich. Aber auch die Ortspolizei müsse das ihrige tun, sie verlege sich nicht.

Dann wurde der Zentrumsantrag einstimmig angenommen und zwar mit dem Zusatz: Die Regierung wird ersucht, unverzüglich und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die in dem Antrag enthaltenen Ziele zu verfolgen.

Darauf erörterte Abg. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.) seinen Bericht über das Ausführungsgebot zum § 66 der Verfassung über die Aufhebung der Stammgüter. Die Beratung über dieses Gesetz findet erst später statt, da darüber noch Ausschussverhandlungen stattfinden. Einstimmige Annahme fanden dann noch zwei Zentrumsanträge, von denen der eine die Aufhebung der Postagenturen zum Gegenstand hat und wünscht, daß mit Rücksicht auf die schwierigen Weg- und Verkehrsverhältnisse in Baden, bei der Aufhebung von Postagenturen Rücksicht genommen wird und Postagenturen mit vollem Betrieb in den von Bahn- und Postautoverkehr entlegenen Orten zunächst beibehalten wird. In dem zweiten Antrag wird gewünscht, daß überall in die Landgemeinden zur Entgegennahme von Steuererklärungen an bestimmten Terminen von den zuständigen Finanzämtern Beamte entsandt und die bestehenden Steuererklärungsstellen mit der Entgegennahme aller Steuerzahlungen betraut werden. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Heute nachmittag unternahm der Landtag eine Fahrt nach Rastatt, um auf Einladung der Landwirtschaftskammer das dortige Versuchsgut zu besichtigen. Nächste Sitzung Dienstag, den 26. Juni.

Anträge

Dem Landtag ist ein Gesuch des Bürgermeistersamtens Gernsbach über den Ausbau der Realkantale und ein solches des Badischen Handwerksamtes über die Entschädigung der Werkstättenlehrer, ferner ist ihm eine Denkschrift des Genossenschaftsverbandes Badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen in Karlsruhe über die Stromablieferungsbedingungen des Badenwerkes vom 1. April ab zugegangen. — Die Deutschnationalen haben eine förmliche Anfrage über die Rollen der anerkannten Religionsgemeinschaften im Landtag eingebracht. Der Ministerpräsident Poincaré hat den Antrag auf Genehmigung zur Straferfolgung des kommunistischen Abgeordneten Bock gestellt.

Der neue Geschäftsführer Deutschlands in Eftand. Die deutsche Regierung hat sich mit der Ernennung des Geheimrats Bedding zum Vertreter des deutschen Reiches in Ruval einverstanden erklärt. Der bisherige Vertreter von Henig ist nach Ruval zurückgekehrt, um seinem Nachfolger die Amtsgeschäfte zu übergeben.

Gesetz und Recht

Kein Lohnanspruch arbeitswilliger Arbeiter bei Arbeitsausfall infolge Streik.

Wieslaw streift nur eine Abteilung des Betriebes, macht dadurch aber auch das Weiterarbeiten der übrigen nicht am Streik beteiligten Abteilungen unmöglich.

Städtische Nachrichten

Die Sätze in der Angestelltenversicherung

Am sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde bei Beratung der Novelle zum Versicherungsgesetz für Angestellte ein Antrag angenommen, den Reichsarbeitsminister zu ermächtigen, Höchstbeträge für die Gesamtanlagen festzusetzen.

Table with 4 columns: Klasse, Jahresverdienst bis zu, Angestellte monatl. Beitrag, Annuitäten monatl. Beitrag. Rows 13-23.

Bis auf weiteres gilt für die Klassen 1 bis 12 die 12. Gehaltsklasse. Die entsprechenden Bestimmungen wurden auch für die Reichsversicherungsordnung angenommen.

Bevölkerungsbewegung in Mannheim im letzten Vierteljahr

Wie aus den statistischen Monatsberichten der Stadt Mannheim zu entnehmen ist, ist die Zahl der Lebendgeborenen in den ersten drei Monaten dieses Jahres hinter den entsprechenden Zahlen von 1922 zurückgeblieben.

Der Fremdenverkehr hat sich mit 23 746 (23 948) in Volkshäusern abgesehener Fremden fast auf der vorherigen Höhe gehalten, der Herbergsverkehr war mit 4459 (3675) überaus lebhaft.

Adalises Ehe

Roman von Erich Edenstein

Copyright 1920 by Greiner & Comp., Berlin W. 30 Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

„Deinen Bruder aus Mollensbuchheim endlich herunterholen und auf einen vernünftigen Weg bringen wollte,“ nickte Gottulan.

„Ja, das war ihre sehr löbliche Absicht. Und sie hat sie mit erstaunlicher Energie durchgeführt.“

„Dann will ich dir noch eines sagen: Ich könnte dich zwingen. Ich könnte es einfach von dir fordern als Pflicht.“

„Ohne eine Antwort abzuwarten, verließ er das Zimmer. Bleich und verstört horchte Adalise ihm nach.“

„Dann frich sie sich über die Stirn. Warum hatte sie mein geliebt?“

P.A. Die deutsche Notgemeinschaft in Baden. Am 9. November 1922 gegründet, hat im Laufe des Winters ihre Tätigkeit der Sammlung und Verteilung von Geldmitteln durchgeführt.

Der Hausbesitzer verteidigt die Taxpe. Zu der gestrigen Notiz über ein schmerzhaftes Unglück im Hause K 1, 14 wird uns vom Hausbesitzer eine Darstellung gegeben, die von der ersten Veröffentlichung erheblich abweicht.

Die kältesten Tage. Am 22. Juni um 12 Uhr 3 Min. mittags erreicht die Sonne ihre höchste Stellung in der Ekliptik — 23 Grad und 26,9 Minuten nördlich vom Äquator —, womit der Sommer beginnt.

Todesfall. In den Folgen eines Herzleidens starb in einem Sanatorium Frau Dr. med. Edna Stoffel. Die Verstorbene hat sich als Mitarbeiterin ihres Gatten, Dr. A. Stoffel, in das orthopädische Institut und Röntgenlaboratorium, in diesem Kreise großer Beliebtheit und Wertschätzung erfreut.

Unglück im Anglud. Durch die Hauptstraße in Feudenheim fuhr gestern abend zwei 13jährige Mittelstufen auf ihren Fahrrädern. Hinter ihnen fuhr ein Auto, dessen Lenker die beiden Kinder erst kurz vorher gemerkt wurde.

Nachbargebiete

Zweibrücken, 19. Juni. Ein Volksschüler der Luitpoldschule, der eine Stunde nachhause kam, verstaubte in einem unbewachten Jugendklub durch das Fenster des im zweiten Stockwerk gelegenen Klaffenzimmers die goldene Freiheit zu erlangen.

Frankfurt (Main), 19. Juni. Die Frankfurter erhalten jetzt einen Strumpfwärmer-Brünnchen. Als Pfand für das Denkmal ist das Rosenkranzgebäude an der Wilhelmstraße in Aussicht genommen.

Diesmal, das fühlte sie nur zu deutlich, hatte sie ihn tief und ernstlich verliebt.

Als sie eine Viertelstunde später am Frühstückstisch erschien, war noch niemand von den Gästen da.

Sie schloß die Koffer und gab dann Auftrag, sie bei den Gästen für den Nachmittag zu entschuldigen.

Adalise schlug den Weg durch den Park nach dem Wald ein. Hier war noch alles unverändert.

Wie damals im Vorfrühling, vor ihrer Flucht nach der Stadt, herrschte traumhaft Wägenstille im Wald.

Auch damals war sie in Zorn und Bitterkeit von ihrem Mann gegangen und eine Klut war schon damals zwischen ihnen gemeldet.

Ganz allein stand sie nun am diesseitigen Ufer und drüben er — mit den Händen — Ja, die standen bei ihm und bei ihr niemand mehr als ein paar oberflächliche Freundinnen.

Rein. Einer noch — Löwenkreuz. Aber der war fern und sie würde ihn lange nicht wiedersehen!

Eine starke Sehnsucht nach ihm, der sie liebte ohne Worte und verstand, ohne Erklärungen, überkam sie.

„Gnädig!“ sagte eine wohlbekannte Männerstimme und aus den jungen Tonnen links vom Weg trat derjenige, an den sie denken gedachte.

Wie vom Blig getroffen stand Adalise da und starrte Löwenkreuz sprachlos an.

Sportliche Rundschau

Preisklubfahrt Mannheim—Herrenath. Der Rheinische Automobilklub veranstaltete am Sonntag keine diesjährige Preisklubfahrt von Mannheim nach Herrenath.

Das Schützenfest des Turn-Vereins Mannheim von 1846 mußte der schlechten Witterung wegen verlegt werden.

Neues aus aller Welt

Die Bahnstation eines Steuermanns

Auf dem Dampfer „Brave Coeur“ der United States Shipping-Line, der von Deutschland nach Amerika unterwegs war, belag sich auf hoher See eine Tragödie abspielte.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Table with 10 columns: Station, Temperatur, Luftdruck, Wind, etc. Rows for Mannheim, Karlsruhe, etc.

Im Südwestrande des über Okeanica abziehenden Tiefdruckgebiets kamen gestern nur noch schwache im Lande geringe Regenschauer vor.

Vorausprognose für Donnerstag, bis 12 Uhr nachts: Stausübergang wieder Regenschauer, später zeitweise aufhellend und etwas wärmer.

Geschlechtsleiden

Blasenentzündung. Ohne Berufsstö. Kein Querschnitt. Ruffstr. Brodstraße Nr. 27 geg. Einladg. von Mk. 3000.— Spezialarzt Dr. Hollaender's Ambulatorium Frankfurt a. M., Bethmannstr. 56.

Und doch war es anders... ganz anders als damals! Ihr Herz begann plötzlich stark zu klopfen.

Wah sah er aus und sein Atem ging schnell. Sein Blick war unverwandt an ihr.

„Ich war dort. Aber ich hielt es nicht aus...“

Er ritz den Handgelenk von ihrer Hand und bedeckte die weißen Finger mit glühenden Küssen.

„Was fällt Ihnen ein, Durchlaucht! Diese Sprache...“

„Das ist die einzige, in der ich mit Ihnen reden kann!“

„Nehmen Sie mich nicht so. Sie haben kein Recht dazu.“

„Adalise!“

„Adalise!“

„Adalise!“

„Adalise!“

„Adalise!“

(Fortsetzung folgt)

